

Müllgebühren sollen steigen

Abfallwirtschaft Lahn-Dill hat 12-Millionen-Euro-Polster aufgebraucht / In den nächsten vier Jahren wird es teurer

Von Jörgen Linker

WETZLAR/DILLENBURG. Die Bürger im Lahn-Dill-Kreis werden ab nächstem Jahr höhere Müllgebühren zahlen müssen. Das haben Kreispolitiker in der Sitzung des Kreistags-Finanzausschusses am Donnerstag in Wetzlar angedeutet.

„Wir werden die Gebühren wieder anheben müssen“, sagte Vize-Landrat Roland Esch (FWG). Und diese höheren Gebühren wird dann voraussichtlich für vier Jahre gelten, also von 2020 bis Ende 2023.

Grund für die Erhöhung: Die Abfallwirtschaft Lahn-Dill (AWLD), ein Eigenbetrieb des Kreises, der für das Einsammeln des Mülls im Lahn-Dill-Kreis zuständig ist, hat vergangenes Jahr Miese gemacht, 726.000 Euro, und in den vergangenen vier Jahren ein Polster von rund 12 Millionen Euro fast vollständig aufgebraucht.

Bürger haben zu viele Gebühren gezahlt

Diese 12 Millionen Euro stammten aus Gebühren, die die Bürger in der Vergangenheit zu viel gezahlt hatten. Die AWLD legte damit ein Polster an, einen „Sonderposten Gebührenrückstellung“. Innerhalb der Vier-Jahres-Periode von 2016 bis 2019 sollte Geld an die Bürger zurückgegeben werden, hatte die Kreispolitik gefordert. Somit wurden die Müllgebühren gesenkt. Ende dieses Jahres läuft der Zeitraum ab, von den zwölf Millionen Euro werden dann voraussichtlich nur noch rund 3 Millionen Euro übrig sein. Zu wenig, um die Müllgebühren auch in den nächsten vier Jahren noch auf dem jetzigen Stand zu halten.

Wie hoch steigen die Müllgebühren ab 2020? Dazu haben sich die Politiker noch nicht geäußert, eine Entscheidung muss der Kreistag in den nächsten Monaten treffen. Man kann aber eine Rechnung aufmachen: In den vergangenen vier Jahren hatte die AWLD ein



Die Abfallwirtschaft Lahn-Dill (AWLD) hat ein Finanzpolster aufgebraucht und wird voraussichtlich ab nächstem Jahr die Müllgebühren erhöhen. Foto: Jörgen Linker

Polster von insgesamt 9 Millionen Euro gebraucht, um die Gebühren auf dem jetzigen Niveau zu halten. Für die kommenden vier Jahre bleiben nur noch rund 3 Millionen Euro. Nach jetzigen Maßstäben fehlen also 6 Millionen Euro, umgerechnet 1,5 Millionen Euro. Insgesamt rund 15 Millionen Euro nimmt die AWLD derzeit pro Jahr durch die Müllgebühren der Bürger ein. Würde man den Mehrbedarf von rund 1,5 Millionen Euro pro Jahr direkt auf die Gebühren umrechnen, käme eine Gebührenerhöhung von zehn Prozent zustande. Zurzeit zahlt ein Haushalt (mit einer 120-Liter-Restmülltonne) eine Grundgebühr von 48,50 Euro im Jahr, hinzu kommen für jede Leerung der schwarzen Restmülltonne 2,60 Euro sowie für jede Leerung der braunen Biotonne 1,40 Euro (das Entsorgen von gelben Säcken und Papiermüll kostet nichts extra). Jeweils zehn Leerungen müssen mindestens gezahlt werden. Das ergibt eine Abfallgebühr von mindestens 88,50 Euro im Jahr. Eine zehnprozentige Steigerung hieße: knapp 9 Euro mehr.

Dass die AWLD die Rücklagen aufzehrt, hängt mit der Geschäftsentwicklung zusammen.

UND WAS KOMMT AUF DIE WETZLARER ZU?

► Die Bürger in Wetzlar und im restlichen Kreisgebiet werden von einer Gebührenerhöhung der AWLD, einem Eigenbetrieb des Lahn-Dill-Kreises, unterschiedlich betroffen sein. Die Stadt Wetzlar ist für das Entsorgen des Abfalls ihrer Einwohner selbst zuständig, hat diese Aufgabe jedoch an die AWLD übertragen und zahlt dafür an die AWLD. Die Gebühren erhebt die Stadt aber eigenständig, derzeit eine **Pauschale von 156,40 Euro** (für eine

120-Liter-Restmülltonne) pro Haushalt und Jahr.

► Auch die Stadt hatte ein Polster angehäuft, mit dem sie die Gebühren senken konnte. Das Niveau soll so bis Ende 2021 bleiben. Aber das Polster, mit dem sie bei der AWLD im Plus war, ist laut Kreistagsvorsitzender Elisabeth Müller (CDU) bereits jetzt aufgebraucht; die Stadt stehe mit rund 140.000 Euro in der Kreide. Das Minus dürfte bis Ende

2021 weiter wachsen, die ab 2022 den Wetzlarern **drohende Gebührenerhöhung** umso deutlicher werden.

► Müller sagte angesichts des **aktuellen Minus der Stadt** bei der AWLD: „Wetzlar müsste langsam mal etwas zahlen.“ Daraufhin Vize-Landrat Roland Esch (FWG): „Sie sind auf der richtigen Fährte. Das ist zurzeit Gegenstand von Verhandlungen mit der Stadt.“

men. Der Eigenbetrieb des Kreises hat dem Kreistag seine Zahlen aus dem vergangenen Jahr vorgelegt; dort steht ein Verlust von 726.000 Euro zu Buche. Geplant war eigentlich ein Gewinn von 31.000 Euro. Vize-Landrat Esch sprach deshalb in der Sitzung am Donnerstag von einem „erschreckenden Ergebnis“. Aber: „Es war ein Minus mit Ansage. Es war klar, wenn die Gebührenrücklage aufgebraucht ist, gehts ins Minus.“ Kreistagsabgeordnete Martina Klement (Grüne) sagte: „Ich dachte, wir haben so ein saftiges Polster, aber wir waren gar nicht so üppig ausgestattet.“

Landrat Wolfgang Schuster (SPD) kündigte an: „Wir haben eine Gebührenperiode von vier Jahren und haben uns darauf verständigt, dass die Gebühren innerhalb der Periode gleichbleiben. Demnächst werden wir über die Fortschreibung der Gebühren für die nächsten vier Jahre reden.“